

# BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.  
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ  
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Allienstraße 12.  
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Kollegen! der Maximalarbeitsstag ist in Gefahr!  
An Stelle desselben soll eine Minimalarbeitszeit von  
10 resp. 9 Stunden gesetzlich festgelegt werden, das  
heißt also, man will den 14- resp. 15-stündigen  
Arbeitsstag in den Bäckereien gesetzlich sanktionieren!

Behrt Euch ganz energisch gegen diese Ver-  
schlechterungsversuche und stärkt Eure Organisation,  
damit wir, sollte die Verschlechterung eintreten, uns  
eine zeitgemäße Verkürzung der Arbeitszeit durch  
den Verband erkämpfen können!

## Moderne Raubritter.

I.

Jahrhunderte sind verflossen, seitdem die Ahnen  
jener Leute, die nach einem sonderbaren Ausspruch  
Wilhelms II. die Edelsten der Nation sind, von  
ihren festen Burgen herabstürzten, den friedlich des  
Weges ziehenden Kaufmann seiner Habe zu be-  
rauben. Seither sind die Burgen verfallen und  
die Nachkommen der alten Ritter vom Stegreif  
haben die Eisengewänder mit bürgerlichen Kleidern  
vertauscht. Aber mit den Raubburgen ist keines-  
wegs auch das Raubritterthum verschwunden. Im  
Gegentheil, es treibt heute ärger denn je sein Un-  
wesen! Gemeiner Straßenraub allerdings ist heute  
zu einer verhältnismäßig seltenen Erscheinung ge-  
worden. Auf Straßenraub steht Zuchthaus und  
darum kann dieser Erwerb von den „Edelsten der  
Nation“ nicht mehr gut als standesgemäßer be-  
trachtet werden. Aber es giebt einen schuftigeren  
und niederträchtigeren Raub als es der Straßen-  
raub ist. Gegen den Straßenräuber kann man sich  
wehren. Man wird ihn, besitzt man die Kraft dazu,  
mit dem Knüttel niederschlagen. Welches Mittel  
aber ist einem gegen den Raub gegeben, der in der  
Masse voller Gesellichkeit auftritt? Der ge-  
sellschaftliche Raub, der heutzutage plan-  
mäßig getrieben wird, existiert in Wahr-  
heit die verruchteste Art des Raubes,  
seine höchste Vervollkommenung.

Es sind heute nicht mehr die Herren vom  
Pfeffersack, die das Opfer der Wegelagerer werden;  
in den Reihen des Bürgerthums hat man schon seit  
Langem begriffen, daß es besser sei zu rauben, als  
beraubt zu werden. Die Masse des Volkes ist es  
heute, die in erbärmlichster Weise ausgeraubt wird,  
ausgeraubt von einer Sippe Großunternehmer im  
Bunde mit dem Junkerthum, zu dessen geheiligten  
Ueberlieferungen ja der Raub gehört.

Wir sprechen nicht von der Verraubung, welche  
das kapitalistische Wirtschaftssystem für die Ar-  
beiter bedeutet. Wir reden von dem Raube, der am  
Volke durch die künstliche Vertheuerung der wich-  
tigsten Lebensmittel begangen wird.

Die Gewerkschaften haben alle Ursache, sich mit  
dieser Erscheinung zu beschäftigen. Was nützen alle  
Erfolge, die sie hinsichtlich ihres Strebens, die wirt-  
schaftliche Lage der Arbeiter zu heben, verzeichnen  
können, wenn die Unternehmer das, was sie den  
Arbeitern auf der einen Seite mit Löffeln geben,  
auf der anderen mit Schaufeln wieder nehmen. Eine  
Erhöhung der Löhne hat nur dann für die Arbeiter  
einen Werth, wenn dieselben nicht durch eine Er-  
höhung der Lebensmittelpreise ausgeglichen wird.  
Wenn die Arbeiter z. B. eine Lohnerhöhung von  
10 % durchsetzen und die Preise der wichtigsten  
Lebensmittel gleichzeitig eine Erhöhung von 20 %  
erfahren, so ist ihre materielle Lage schlimmer als

vorher. Es ist daher auch ein elender  
Schwindel, wenn die Proklamation  
des deutschen Unternehmertums  
immer wieder darauf hinweisen, wel-  
che bedeutende Steigerung die Löhne  
der deutschen Arbeiter in den letzten  
Jahren erfuhr. Der Schwindel ist ein  
wohlberechneter. Er soll dazu dienen, den Raub zu  
wolschönigen, den Unternehmer- und Junkerthum in  
brüderlicher Eintracht an der Masse des arbeitenden  
Volkes verüben. Dieser Raub bedarf in der That  
einer Verschönigung! Schamloser und unerbittlicher  
konnten wahrlich auch die Raubritter des Mittel-  
alters nicht vorgegangen sein, als es das moderne  
Raubgesindel thut. Zu keinen Zeiten war die Be-  
raubung der Volksmassen in derartiger Weise aus-  
gebildet und organisiert, wie heute. Die mittelalter-  
lichen Raubritter operirten jeder auf eigene Faust.  
Die modernen Raubritter aber haben erkannt, daß  
es weit vortheilhafter für sie sei, den Raub zu orga-  
nisiren und planmäßig zu betreiben. Krustis, Schn-  
ditate, Minge das sind die Organisationen, die sie  
sich zur besseren Schröpfung der Konsumenten ge-  
schaffen haben.

Zwei Hauptgruppen Raubritter können wir  
heute unterscheiden: landwirthschaftliche und in-  
dustrielle, oder wie sie gemeinhin bezeichnet zu wer-  
den pflegen, Kraut- und Schlotjunker. Zeitweilig  
liegen sich die Weiden in den Haaren, weil sie sich  
nicht darüber einigen können, wer zuerst wieder  
einen Raubzug unternehmen solle; meistens endet  
der Streit aber damit, daß sie sich gemeinsam daran  
machen, die Masse der Konsumenten über den Löffel  
zu harpiren. Beschäftigen wir uns hier zunächst  
mit den Bestrebungen der Krautjunker.

Seit Jahren schreien diese Leute nach einer Er-  
höhung der Lebensmittelpreise und gerade jetzt  
schicken sie sich an, einen großen Beutezug auf die  
Taschen des Volkes zu unternehmen. Demnächst  
laufen die Handelsverträge ab, was den Kraut-  
junkern Anlaß giebt, mit voller Kraft auf eine Ver-  
doppelung der Getreidezölle hinzuwirken. „Schutz  
der nothleidenden Landwirtschaft“ lautet die De-  
vise, unter welcher dieser neue Raubzug unter-  
nommen wird, dieselbe Devise, unter welcher Bis-  
marck glorreichen Angedenkens im Jahre 1878 seine  
Volksauswanderungspolitik einleitete, nachdem er  
vorher die deutsche Arbeiterklasse durch das Sozia-  
listengesetz geknebelt hatte. Die Getreidezölle be-  
trugen im Jahre 1878 nur 1 Mk. pro 100 Kilo-  
gramm. Im Jahre 1885 wurden sie auf 3 Mk. für  
Roggen und Weizen und 1.50 Mk. für Hafer und  
Gerste erhöht und im Jahre 1887 beschloß der he-  
rühmte Kartellreichstag eine weitere Erhöhung auf  
5 Mk. für Roggen und Weizen, 4 Mk. für Gerste und  
2.25 Mk. für Hafer. Nach dem Sturze Bismarcks  
brachten uns die durch den Grafen Caprivi abge-  
schlossenen Handelsverträge eine Ermäßigung der  
Getreidezölle auf 3.50 Mk. für Roggen und Weizen,  
2 Mk. für Gerste und 2.80 Mk. für Hafer. Viel  
war damit allerdings nicht erreicht; jedenfalls aber  
war damit eine Verbesserung des früheren Zustandes  
zu verzeichnen. Jetzt geht nun, wie schon gesagt,  
das Streben der Krautjunker dahin, eine Verdopp-  
lung der gegenwärtigen Getreidezölle herbeizuführen.  
Das ausländische Getreide soll Deutschland mög-  
lichst ferngehalten und das Volk gezwungen werden,  
den Agrariern solche Preise für ihre Produkte zu  
bezahlen, die ihnen eine „standesgemäße“ Existenz  
ermöglichen.

Es ist im höchsten Grade die Gefahr vorhanden,  
daß die Bestrebungen der Agrarier von Erfolg be-  
gleitet sind. Abgesehen davon, daß der Reichstag in

seiner Mehrheit den Brotvertheuerungsplänen der  
Junker Sippe durchaus nicht feindlich gegenübersteht,  
wird die Reichsregierung schon aus dem Grunde dem  
Junkerthum Zugeständnisse machen müssen, weil  
dieses für seine der Regierung unentbehrliche Unter-  
stützung der begonnenen glorreichen Weltpolitik ener-  
gisch Bezahlung verlangen wird. Das vor einigen  
Monaten geschaffene Fleischbeschaugesetz ist unter  
dem Einflusse des Junkerthums zu einem Fleisch-  
vertheuerungsgesetz geworden. Der Preis eines der  
wichtigsten Nahrungsmittel ist damit künstlich in die  
Höhe getrieben worden und nun soll das Gleiche hin-  
sichtlich eines anderen nicht minder wichtige  
Nahrungsmittels geschehen.

Das Junkerthum hält es heute nicht einmal  
mehr für nöthig, seine auf Brandschatzung der Kon-  
sumenten gerichteten Bestrebungen irgendwie zu ver-  
hüllen. Mit einer Frechheit, die ihresgleichen sucht,  
erklärt es, daß Fleisch und Korn theurer werden  
müssen, damit sein Landbesitz einträglich werde. Die  
Agrarier, die am meisten über die Begehrlichkeit der  
Arbeiter zu zernerven verstehen, stellen sich hier einfach  
auf den Standpunkt, daß das Volk die Verpflichtung  
habe, sie zu erhalten. Es ist in der That der Gipfel  
der Unverschämtheit!

Seitens der Arbeiterschaft muß gegen diese  
Sippe der Krieg bis an's Messer geführt werden.  
Es ist eine gemeingefährliche Gesellschaft, die uns  
in dem Junkerthume gegenübertritt. Nicht genug  
daran, daß es der verhasste Gegner jedes sozial-  
politischen Fortschritts in Deutschland ist, nicht genug  
daran, daß es sich mit aller Macht der so sehr im  
Interesse der Arbeiter liegenden demokratischen Ent-  
wicklung Deutschlands entgegenstemmt, hält es sich  
fogar noch berechtigt, von dem gesammten deutschen  
Volke einen Tribut zu fordern, für den es keine  
andere Rechtfertigung giebt, als für die Abgabe,  
welche der adelige Wegelagerer des Mittelalters  
seinen Opfern abprekte. Wie die Kaufleute  
des Mittelalters sich schließlich zu-  
sammenthaten, um die die Sache zu  
hant treibenden Raubritter aus  
ihren Felsenestern auszurauchern,  
so müssen sich die Arbeiter aufraffen,  
um die würdigen Nachkommen dieser  
Ritter aus der Stellung auszu-  
räuchern, die sie im Staate einnehmen.  
Zur Beruhigung eines ängstlichen Staatsanwalts  
bemerken wir, daß wir das „ausräuchern“ natür-  
lich nur bildlich aufgefaßt wissen wollen. Im  
Uebrigen werden wir sehen, daß die Krautjunker in  
ihren Beutezügen gegen die Taschen der Arbeiter in  
den Schlotjunkten würdige Spielgesellschaft besitzen.

## Minimallohn!

Wie der Begriff dieses Wortes von den Innungs-  
Aren ausgelegt wird, dafür giebt ein Bericht über die Be-  
rathung der Hamburger Bäckerzwangsinnung vom 2. No-  
ber eine treffliche Illustration, welcher folgendermaßen lautet:  
„Der Antrag auf Einführung eines Minimallohn-  
gesetzes von 9 Mk., der vom Vorstand ausging, wurde lebhaft  
bekämpft. Obermeister Knost bemerkte, daß die Be-  
rathungen nach den beiderseits stattgehabten Erklärungen  
dem Antrag bereits im Großen und Ganzen zugestimmt  
hätten. Der Vorstand wolle den Meistern nur vom Stand-  
punkt der Gerechtigkeit die Einführung eines sogenannten  
Minimallohn-empfehlen; könnten sie jedoch billigere An-  
beitkraft bekommen, so bleibe es ihnen unbenommen, diese  
geringer zu entlohnen! Die Bäcker dürften nicht nachsehen  
und müßten mit anderen Gewerben Schritt halten. Die  
Herren Daus, Rathmann, Hagenlöcher und Ebert konnten  
sich mit einem sogenannten Minimallohn nicht befremden;  
jede Arbeit müsse nach ihrem Werth bezahlt werden, hier aber  
wolle der Innungsvorstand etwas einführen, was vom Ar-  
beitgeberverbande überall bekämpft werde. Herr Großkreuz  
empfahl das anzunehmen, was der Vorstand vorschlägt; man  
solle jetzt eine kleine Lohnerhöhung ungewollt be-







Ein vernünftiges Urtheil. Übermals freigesprochen wurde vom Landgericht in Regensburg der Kollege M. Wenzl, welcher während der Lohnbewegung im April dem Streikbrecher Franz Mühlbauer, welcher sich erst der Bewegung mit angeschlossen hatte, um schon nach zwei Tagen abtrünnig zu werden, die Worte zugerufen hatte: „Pui Teufel, schäme Dich; Du bringst es schon noch so weit, daß Du in Regensburg keine Arbeit mehr bekommst!“ Das Landgericht stellte sich auf den Standpunkt des Vertheidigers, daß das Verhalten des Mühlbauers ehrlos genannt werden müsse und deshalb die gebrauchten Worte keine Beleidigung, aber noch weniger eine Bedrohung seien und kam zu dem freisprechenden Erkenntnis.

#### Wahrheits-Beweis.

Die Erklärung, welche der Herr Obermeister von Neustadt in Nr. 44 vorbrachte, wird hiermit besetzt und nennen wir als Wahrheitsbeweis nachstehenden Zeugen und zwar den Kollegen selbst, welchem das Stück Verches im Werthe von zwei Pfennigen eingehändigt wurde. Derselbe heißt: Wolfgang Fuchs aus Niederbayern.

Aus Hamburg. Um die Bohlottierung der Busch-Bäderci handelt sich in der vor dem Schöffengericht I. Amtsrichter Dr. Arndt, zur Verhandlung kommenden Angelegenheit gegen den Küper B. und die Bädereigefellen A. und D. wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen. Die drei Angeklagten haben eines Tages vor einer Filiale der von dem Verband der Bäder bohlottierten Bäderci des Bädermeisters Busch am Mohrendamm an die Passanten Zettel vertheilt, welche die Mithellung von dem verhängten Bohlott über die in Nichtbewilligung der Forderungen der Bäder begründete Ursache desselben enthielten. Da diese Zettelvertheiler nach der Ansicht eines Schutzmannes das Publikum in unzulässiger Weise belästigten, forderte er sie auf, die Vertheilung einzustellen und sich zu entfernen. Da sie dieser Aufforderung nicht ohne Weiteres nachgegeben sein wollten, erhielten sie Strafbefehle, und zwar B. einen solchen von 30 Mk. event. 10 Tage und A. und D. von je 60 Mk. event. 20 Tagen Haft. Auf beantragte gerichtliche Entschädigung wird die Sache heute verhandelt. Die Angeklagten behaupten auf das Bestimmteste, Niemand mit den Zetteln belästigt, sondern sie immer nur den Leuten gegeben zu haben, die sie forderten, oder durch Handausstrecken zu erkennen sahen, daß sie einen Zettel haben wollten. Aufgedrängt hätten sie Niemand einen Zettel. Dem zweiten Angeklagten A. kann das Gegenteil nicht bewiesen werden und wird er freigesprochen. Die anderen beiden werden jedoch für überführt erachtet, und zwar D. als zweifacher Frevler gegen die polizeilichen Anordnungen, und werden die Strafbefehle gegen sie durch richterliches Erkenntnis bestätigt.

Traurige Zustände herrschen wohl noch in der Wilhelmshavener Brotsabrik, Joh. Johann Beyer, wie folgender Bericht eines dort beschäftigten Kollegen besagt. Den dort beschäftigten Kollegen werden keine Pausen zum Essen gewährt und sind Kollegen vier, die schon während der Dauer eines halben Jahr beschäftigt, noch kein warmes Mittagbrot genossen haben. Ferner werden die Bäder zum Brotfahren, Seumachen und Backstubenanstreichen benutzt. Bei letzterem werden die Hände mit Leigeharren abgekraht und die Farbe in den Backeimer gegossen. Hatten laufen massenhaft herum. Nun, das Brot genießt ja größtentheils das Militär und ist dabei eine besondere Reinlichkeit nicht erforderlich.

Auch jene zufriedenen Gehilfen in Stuttgart, welche man bisher der ganzen Welt als Muster der Zufriedenheit anpries, haben jetzt Uebelstände im Gewerbe entdeckt und zwar ist es das vor nun 1 1/2 Jahren als aller schlimmste Ausbeutung arbeitsloser Gehilfen gerichtlich festgenagelte Arbeitsnachweis-System der Stuttgarter Innung, welches auch diese Muster-Gehilfen empören muß. Recht verlegen meldet darüber das Stuttgarter Innungsblatt:

Der Verein der Bädereigefellen in Stuttgart hielt am 23. Oktober im „Württembergischen Hof“ eine gutbesuchte Versammlung ab. Gehilfe Lauferer referierte über die Arbeitervermittlung. Derselbe sei nicht mehr zutreffend, auch sei durch das Trinkgelberwesen ein unhaltbares Verhältnis geschaffen, indem bei den Meistern dadurch Einseitigkeiten bezüglich des Engagements entstehen würden. Mit aller Macht will man nun zum städtischen Arbeitsamt und es läßt das Vorgehen der Gehilfen leicht erkennen, daß sie geneigt sind, auch in Stuttgart einmal ihre Stärke zu probiren. Die Mängel, welche durch den Anschluß der Arbeitervermittlung an das städtische Arbeitsamt entstehen werden, wurden schon so oft ventiliert, daß eine weitere Aeußerung hierüber nicht notwendig ist. Den Meistern in Stuttgart wird vorerst nichts weiter anzurathen sein, als dem Bestreben der Gehilfen ruhig zuzusehen und dieselben ganz machen zu lassen, wie sie wollen. Die Verantwortung haben dann dieselben allein zu tragen und kommen dann die Verantw. welche die Gehilfen auf diesen Weg führen, am besten zum Vorschein. Wenn die Gehilfen sich ein wenig umsehen wollten, so würden sie finden, daß die Trinkgelberwirtschaft nicht nur überall eingeführt ist, sondern daß dieselbe überall in kleinerem oder größerem Maßstab, unter verschiedenen Namen, oft in schamigster Weise betrieben und forciert wird. Trinkgeldgeber sind aber auch meistens die Gehilfen, welche dies ja einfach unterlassen können. In der Regel ist viel Geschrei und wenig Wille; ist eine veraltete Suppe angerichtet, so sind diejenigen, welche am meisten für dieselbe plaidirt haben, die kleinlautesten, ja sie sind oft gar nicht mehr zu entdecken. Die beste Probe wäre, wenn das städtische Arbeitsamt eine Vermittelung für Bäder einrichtete, damit diejenigen, die absolut städtisch behandelt sein wollen, ihren Willen haben. Der Innungsvermittlung sollte man, wenn möglich, eine andere Form geben, niemals aber dieselbe aufheben. Es sind Beispiele genug vorhanden, daß so junge und unternehmungslustige Vögel in fortwährenden und wie gen lehrten sie wieder zur Mutter zurück, ganz abgesehen davon, daß auch schon manche Mutter gesungen haben mag: „Ach lieber Piepmatz, komm doch wieder,“ und der Piepmatz kam nicht mehr.

Der Standpunkt des Trinkgelberwesens, zu deutsch gesagt des Schmierens der Innungssprechermeister, den das Blatt hier vertritt, ist so töricht, als daß man ihn, ohne ihn hier festzunageln, hingehen lassen könnte. Also das Blatt vertritt die Meinung, daß überall in den Innungsarbeitsnachweisen das „Schmierens“ Sitte ist, und wenn das von einem Innungsorgan behauptet wird, dann kann man nicht mehr an der Wahrheit dieser Worte zweifeln!

Das Verhalten der Bäder (Wagner-Verungung) Vereine in Altenberg. Eine Einigung der hiesigen Bädereigefellen zu erzielen, war schon lange das Bestreben der hiesigen Zahlstelle des deutschen Bäder-Verbandes. Den Anfang hierzu sicherte uns der Bädereigefellenverein Eintracht zu, indem der Vorstand genannter Vereinigung versprach, am 23. d. M. eine Mitgliederversammlung zu obengenanntem Zwecke einzuberufen. Dieser Einladung Folge leistend, begaben wir uns in das Lokal des Vereins, wurden dort aber schon beim Eintritt eines Anderen belehrt. Während ein Kollege von uns den Anwesenden den Zweck und die Ziele des Verbandes klar legte, spielten sich unterdessen verschiedene Dinge ab. Einer der Anwesenden rollte ein Faß Bier auf den Tisch, hinter dem sich der Bädermeister R. Kuttmann, Wellingsstraße (St. Johannis) breit machte. Allem Anschein nach hatte er es gespendet. Auch machte er während des Vortrages Zurufe, die natürlich nicht den Ausführungen des Redners zustimmten. Auch Herr Vorstand Wagner des betreffenden Vereins ließ sich zu recht netten Aeußerungen verleiten. So zum Beispiel: „Ich hätte 'ne Mitgliederversammlung einberufen soll'n, hab' Ihne aber was gesch... jeht schmarms drinn, laß' nur aus'schmarren, nacha sog' is ihna scho.“ Darüber natürlich zur Rede gestellt, daß sie uns dazu nicht einzuladen brauchten, kam es zu Unheimlichkeiten, wobei selbstverständlich der Meister die Lorbeeren einheimste, indem er jetzt seine Bildung zeigte und Verwaltungsmittel des Verbandes mit Aeußerungen, wie „Tortel“, „schmeißt' n raus den Maulaffen“ bedachte. Auch Herr Wagner ließ sich an Beleidigungen fehlen und ist es nur dem besonnenen Vorgehen der zahlreich erschienenen Verbandskollegen zu verdanken, daß weitere Mißthelligkeiten vermieden wurden.

Wann werden die von den Innungsproben in den Vergnügungsvereinen geleitetem Kollegen einsehen, daß sie sich durch ihre Innungsgefolgshaft nur ins eigene Fleisch schneiden?

### Versammlungs-Berichte.

Brandenburg a. S. Donnerstag, den 1. Nov., tagte im Lokale „Zum blauen Himmel“ unsere erste öffentliche Bädereigefellenversammlung mit folgender Tagesordnung: Referat des Kollegen Hehschold-Berlin über das Thema: „Verschlechterung des Maximalarbeitslages und den Zweck und Nutzen des Verbandes“. Referent legte den zahlreich erschienenen Kollegen klar und deutlich vor Augen, wie der Maximalarbeitslag durch die neue Bädereigebäudeverordnung verdrängt werden soll und wie wir dadurch geschädigt werden, ferner führte er in seinem ca. 1 1/2 stündigen Vortrag aus, welchen Zweck und Nutzen der Verband für uns hat und forderte die Kollegen auf, dem Verbands beizutreten. Besonders dem Genossen und Kartellvorsitzenden Edert muß der größte Dank zu Theil werden, denn er leitete die Versammlung mit größtem Interesse und forderte die Kollegen auf, dem Verbands beizutreten und versprach den Kollegen, wenn Maßregelungen vorkommen sollten, daß sie gewiß auf die Brandenburgische Arbeiterschaft rechnen könnten. In der Diskussion meldete sich zuerst Kollege Tafel zum Wort und schilderte die Lage der Gesellen Brandenburgs als eine ganz rothe, wenn 5-9 Mk. bezahlt werden, aber er kam nicht weit mit seinen Ausführungen und wurde stets durch die Zurufe „Au! Au!“ unterbrochen. Denn 5-9 Mk. ist doch kein Lohn für einen Menschen, der von Abends 11 bis Nachmittags 1 Uhr und noch länger arbeiten muß. Im „Verschleichen“ tamen noch verschiedene Mißstände zur Sprache. (Nun. d. Reb.: Durch den Eintritt von 10 Kollegen in den Verband wäre somit die Mitgliedschaft gesichert. Hoffen wir, daß sich die neu gewonnenen Mitglieder jetzt nicht so leicht einschüchtern lassen durch die Arbeitgeber, wie das früher geschehen, damit endlich auch in Brandenburg eine kräftige Mitgliedschaft bestehen bleibt. Die erste Mitglieder-Versammlung findet am Donnerstag den 15. November um 4 Uhr in der Zentralherberge, Wolleneberstraße, statt.)

Cottbus. Am 1. November tagte im Vereinslokale die Generalversammlung der hiesigen Bäder. Derselbe war leidlich besucht. Nachdem Kollege Brettschneider von der Goutonferenz in Eberswalde Bericht erstattet hatte, geißelte derselbe scharf die laue Kontrolle der Behörden betreffend den Maximalarbeitslag. Wie ja auch am hiesigen Orte schon jetzt, ehe noch der verschlechterte Maximal-Arbeitslag Gesetz ist, die Durchlöcherung desselben einseitig wird, beweist ein Artikel, den die „Volkstimme“ bringt; danach hat die hiesige Polizeiverwaltung den Meistern freigegeben, daß sie je einen über 16 Jahre alten Gehilfen an Sonn- und Festtagen 3 Stunden über die festgesetzte Zeit beschäftigen können zum Baden von Kuchen, den die Kunden selbst zubereitet haben und zum Braten von Fleisch. Also bis 11 Uhr Vormittags darf der Gehilfe ausgenutzt werden, des heiligen Profits willen und wenn auch gleich der „Kirchgang“ des Betreffenden dabei zum Teufel geht. Ferner erwähnte Redner das klägliche Verhalten derjenigen Gehilfen, welche seiner Zeit zum Gewerbeinspektor geladen waren, um Auskunft zu geben, ob die Durchführung des Maximalarbeitslages am hiesigen Orte ohne Schwierigkeiten vor sich ginge. Derselben erklärte, daß es hier ganz gut geht, da es aber den Meistern nicht recht wäre, sie auch nicht einzuwenden hätten, wenn eine Umänderung desselben stattfinden. Daß die Kalendertafel für 1900 sowohl in hiesiger Stadt als in der Umgegend in vielen Betrieben noch nicht zu finden sei, bemerkte Redner nur nebenbei. Noch erwähnte Redner bezüglich der Lehrlingsnot auch am hiesigen Orte, daß ein Meister kürzlich durch Annonce in einer Zeitung 30 Mk. dem vergütet, der ihm einen Lehrling besorgt. Hierauf schloß sich eine rege, sachlich gehaltene Diskussion und meldete sich Kollege Breinlich zum Wort. Derselbe regte an, daß doch der Agitationskommission des ersten Ganges ein zu weites Feld zur Bearbeitung zufällt, doch wenn möglich Unterkommissionen in den Städten und Zahlstellen, wo geeignete Kräfte vorhanden sind, einzuführen. Sodann bringt derselbe einen Antrag ein, dahingehend, eine Kommission, bestehend aus 3 Mann, zur Unterstützung des Vertrauensmannes zu wählen, entsprechend der Anregung des Kollegen Brettschneider. Der Antrag wird angenommen und in die Kommission Henschel, Breinlich und Krause einstimmig gewählt. Sodann ergreift Kollege Henschel das Wort, die Kollegen in kurzem aber kräftigem Appell anfeuernd zum Masseneintritt in unsere Organisation als Antwort auf die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitslages. Noch bringt Kollege Haarbein einen Fall zur Sprache, in dem ein Polizeibeamter sich im Laden eines hiesigen Bädermeisters B. die Kalendertafel vorbringen ließ und so glaubte er seiner Pflicht, Kontrolle auszuüben, erledigt zu sein. Da dieser Fall aber schon längere Zeit zurückdatirt, so wurde vom überwachenden Polizeibeamten davon abgesehen, Sicht in diese Sache zu schaffen. Der letzte Punkt betrifft die Errichtung des Gewerkschaftshauses, wie es hier von den Vertretern der Gewerkschaften geplant ist. Nachdem sich unser Kartelldelegirter gegen dieses ausgesprochen, pflücht

Kollege Breinlich dem bei insofern, als die hier auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung bestehenden Gewerkschaften noch so schwach an Mitgliederzahl seien, daß sie dies nicht aus eigenen Mitteln auszuführen im Stande sind, sondern die Hilfe der hiesigen Gewerkschaften (Hirsch-Dundersche) in Anspruch nehmen wollen. Dieses Projekt wurde beantragt gegen eine Stimme abgelehnt. Zum Schluss forderte Kollege Brettschneider zu energischer Agitation unter den noch fernstehenden Kollegen auf, damit endlich mal hier in Cottbus eine tüchtige Zahlstelle erblühe und der jetzigen Leitung der hiesigen Einzelkämpfer die Arbeit erleichtert wird. Nach Aufnahme einiger Kollegen erfolgte Schluß der interessanten Versammlung. (Umterlung des Berichterstatters: Kollegen von Cottbus und Umgegend, die Ihr in dieser Versammlung anwesend gewesen seid, Ihr habt gesehen, daß es noch viel, sehr viel zu thun giebt, um unserer Organisation die Achtung zu verschaffen, die derselben am hiesigen Orte gebührt. Darum agilit unermüdblich, werbet neue Kämpfer, ermuntert die Schlafenden, rüttelt auf die Indifferenten und so geschlossen Schulter an Schulter erkämpft Euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Gleichgültig mache ich Euch auf die am 15. d. M., Nachmittags 3 1/2 Uhr, stattfindende Versammlung im Verbandslokal aufmerksam. Erscheint Mann für Mann pünktlich zu derselben, um mit zu rathen und zu thaten zur Verbesserung Eurer Lebensbedingungen.) Forst i. Lausitz. Am 4. d. M. fand hier eine Generalversammlung vom Verband der Bäder statt, in welcher Kollege Brettschneider-Cottbus den Bericht von der Goutonferenz in Eberswalde erstattete und auch gleich die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitslages mit in Betracht brachte. Es wurde von mehreren Kollegen kritisiert, daß Brettschneider wohl von Cottbus gewählt sei, aber nicht von Forst, weil nämlich in Forst im Oktober keine Versammlung stattfand und der provisorische Vertrauensmann E. Euen von Forst es Cottbus überließ, darüber nach Recht zu handeln und waren denn auch sämtliche Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Brettschneider einverstanden. Vom Kartell war nichts wichtiges zu berichten und so wurde zur Wahl eines Vertrauensmannes übergegangen, in welcher von 3 Mitgliedern mit 7 Stimmen Kollege Heller gewählt wurde und hoffen wir, nun endlich in Forst einen tüchtigen Kollegen für die Leitung des Verbandes gewählt zu haben. Nachdem noch die Kollegen von Brettschneider aufgeführt wurden, mehr als bisher dem Vertrauensmann zur Seite zu sein, um den Verband hier in die Höhe zu bringen, wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. Am Sonntag, den 4. November, fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung bei H. Wiehle statt. Nachdem das Protokoll von der letzten Versammlung vorgelesen und angenommen, wurden die Beiträge entrichtet und 7 Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Ein Antrag betreffs Gründung eines Diskussionsklubs wurde einstimmig angenommen und jeden Donnerstag soll eine Sitzung stattfinden. Ueber die wirtschaftliche Lage referierte Kollege Bösch. Redner führt den Kollegen unsere Lage von früher und jetzt vor Augen, wie die Bäderei entfallen ist und wie sie heute noch betrieben wird. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen in demselben Sinne des Vorredners aus. Kollege Oltmanns geißelte das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis, sowie das in letzter Zeit die Innungsmeister zwei Kollegen die Herberge verboten haben. Hierauf entstand eine lebhafte Debatte und so wurde dem Vorsitzenden der Auftrag gegeben, daß er das Arbeitersekretariat in Anspruch nehmen soll, um den Innungsproben entgegenzutreten zu können. Hierauf Schluß der wichtigen Versammlung.

Frankfurt a. M. Eine gut besuchte öffentliche Protestversammlung tagte am Freitag, den 26. Oktober, im Saale der „Concordia“. Die Tagesordnung lautete: 1. Die von der Regierung geplante Verschlechterung des Maximalarbeitslages; 2. Verschleichen. Als Referent fungierte der Reichstagsabgeordnete Genosse Wilhelm Schmidt. Redner erläuterte ausführlich, welche Mühe es gekostet habe, das zwischen Bädereigefellen, dessen wir uns seit ein paar Jahren erfreuen dürfen, zu erringen. Nun aber werden Unfälle getroffen, diese werden verschwinden zu lassen. Er forderte die Anwesenden auf, fest und treu zum Verbands zu stehen, da nur dieser allein der einzige Faktor sei, welcher im Stande ist, gegen einen derartigen als jetzt von der Regierung geplanten „Arbeiterschuh“ zu protestiren. Im gleichen Sinne äußerte sich auch Kollege Dörrich. Kollege Kümmerl erstattete Bericht von der Sitzung zwischen zwei Regierungsräthen einerseits und zwei Vertretern der Meister- und Gehilfenschaft andererseits. Er theilt mit, welcher sich im Wesentlichen mit den Einrichtungs- und Reinlichkeitsvorschriften der Bädereien befaßt, ihre Zustimmung gegeben haben. Betreffs des zweiten Punktes, „Arbeitszeit und Minimalruhezeit“, gaben die Vertreter der Gehilfenschaft den Herren die Versicherung, daß, sollte eine gesetzliche Festlegung der betreffenden Bestimmungen erfolgen, der Verband jederzeit bereit wäre, für eine zehnstündige Arbeitszeit den Kampf aufzunehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Saale der „Concordia“ von circa 300 Bädereigefellen besuchte Protestversammlung protestirt entschieden gegen die von der Regierung geplante Verschlechterung des Maximalarbeitslages. Sie verspricht, sollte dieser Entwurf Gesetz werden, sofort in eine rege Agitation für den zehnstündigen Arbeitslag einzutreten. Jeder verpflichtet sich, daß dies nur durch eine starke Organisation zu erreichen ist, derselben beizutreten.“ Unter „Verschleichen“ werden verschiedene Klagen vorgebracht. Unter Anderem wurde mitgetheilt, daß ein hiesiger Bädermeister jetzt schon seine Gehilfen täglich 14 bis 15 Stunden beschäftigt, da dies nach dem neuen Gesetz erlaubt sei. Demnach ersuchen wir, daß die Herren die jetzt in Frage stehenden Bestimmungen nicht begreifen, als die vom Jahre 1896. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den deutschen Bäderverband geschlossen.

Lübeck. Am 4. November fand im „Reinshaus“ eine mäßig besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Hermann verlas den Antrag des Hauptvorstandes, der Agitationskommission 8-10 Mk. aus der Mitglieder-Zustelle zu bewilligen, worauf 9 Mk. bewilligt wurden. Sodann berichtet der Vorsitzende von der Goutonferenz in Neumünster, woran sich eine lebhafte Debatte schloß. Es wurde hervorgehoben, daß die Unwissenheit der jungen Kollegen diese in die Vergnügungsvereine hineinzieht und den Mitgliedern zu gestell, die Vergnügungen der Brüderchaften häufig zu besuchen und hier ausfüllend unter den jüngeren und indifferenten Kollegen zu wirken. In die Agitationskommission werden die Kollegen Beier und Schlöthe gewählt. Kollege Hermann verliest sodann ein Schreiben des Hauptvorstandes betreffs Errichtung von Diskussionsklubs. Nach längerer Debatte empfiehlt Kollege Wolz, die Sache dem Vorstand zu überweisen. Kollegen, die gewonnen sind, dem Diskussionsklub beizutreten, mögen sich beim Kollegen Hermann melden. Kollege Wolz erstattet sodann noch zwei Berichte vom Kartell, wovon der letztere noch eine recht lebhafte Debatte herverrief in Betreff



Achtung Breslau.

Laut Beschluß der Ortsverwaltung werden die Mitglieder-Verfassungen...

wegen Raummangels im Vereinslokale (Goldener Saal) von diesem nach dem Lokale des Herrn Lachmuth...

Unserem verehrten Vorsitzenden B. Joh. Lodermeier...

bei seinem Scheiden aus dem Vorstände der Mitgliedschaft für seine rege und erfolgreiche Tätigkeit im Interesse des Verbandes...

herzlichen Dank! Die Mitgliedschaft Moschheim i. B.

Der Kollege Rudolf Reim aus Sommer (Dunnsried) wird ersucht, seine Adresse an Fr. Becker, Kreuznach, Mühlentstr. 4, einzusenden.

Passend für Bäckerei.

find in bester Geschäftslage Altonas (Hollstenstr.) schöne, helle und geräumige Lokalitäten, welche für Bäckereibetrieb hergerichtet werden...

Café Wittelsbach.

München. Herzog Wilhelmstraße. München. Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag: Haupttreffpunkt der Bäcker Münchens.

Café Ehrlich.

Leipzig. Katharinenstr. 14. Leipzig. Treffpunkt der Bäcker seit 25 Jahren!

Stuttgart.

Gasthaus zum „Goldenen Löwen“ Am Marktplatz.

Verehrliche Bäckergehilfen!

Der Unterzeichnete empfiehlt seine Fremdenzimmer zu billigen Preisen, Mittagstisch, sowie kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Christoph Häuser, Am neuen Rathhaus, Eichstraße 5. NB. Bäckereizitung liegt auf.

Versammlungs-Anzeiger.

Breslau. Mittgl.-Versf. Dienstag, 13. Nov., Nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Bachmuth, Mauritiusplatz 4. Bremen. Mittgl.-Versf. Sonntag, 18. Nov., Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Kusche, Jakobstr. 28. Pradoburg a. O. Mittgl.-Versf. Donnerstag, 15. Nov., Abends 4 Uhr, in der „Bentallerberge“, Wollentlocherstraße. Rant-Wilhelmshaven. Mittgl.-Versf. Donnerstag, 29. Nov., bei Ww. Feld, Grenzstr. 5. Coblenz. Mittgl.-Versf. Donnerstag, 15. Novbr., Nachm. 3 1/2 Uhr, bei West, Schloßstr. 12. Dortmund. Mittgl.-Versf. Sonntag, 11. Nov. bei Herrn Fortmann, Rimmerstr. 53. Eberfeld. Dessenl. Versf. Sonnabend, 17. Nov. Abends 8 1/2 Uhr, im Hotel „Monopol“ (Ref. Koll. Such-Röhl). Ebera. d. Hl. Mittgl.-Versf. Sonntag, 11. Nov., Nachm. 2 Uhr, bei Regenhardt, Bergstr. 19. Gera i. L. Mittgl.-Versf. Sonntag, 18. Nov., Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Kahle, Karlstr. 6. Griesbach. Dessenl. Versf. Dienstag, 13. Novbr., im belannten Lokal. (Referent: Kollege Hegemann.) Kiel. Mittgl.-Versf. Sonntag, 11. Nov., in der „Doppel-eiche“, Scheefenbrücke. Leipzig. Mittgl.-Versf. Mittwoch, 14. Nov., in der „Flora“, Windmühlenstraße 16. Magdeburg. Mitglieder-Verammlung Dienstag, den 13. November, im Dreikaiserbund. Moschheim. Mittgl.-Versf. Sonntag, 19. Nov. im Rest. „Frühlinggarten“. Stuttgart. Mittgl.-Versf. (mit Vortrag) Donnerstag, 15. Nov., Nachm. 4 Uhr, im „Römischen König“, Holzstraße. St. Johann-Saarbrücken. Dessenl. Versf. Sonntag 18. Nov. im „Kaisersaal“, Pafenstr. 9. (Ref. Kollege Hegemann.)

Redaktion u. Verlag: D. Almann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

Kemtscheid. Am 21. Oktober tagte unsere öffentliche Protestversammlung; in welcher Kollege Such-Röhl...

Quittung.

Im Monat Oktober gingen folgende Geldbeträge bei der Hauptkasse des Verbandes ein:

- Beiträge von den Mitgliedschaften und Zahlstellen: Augsburg 13.-, Eberswalde 9.20, Mannheim 17.60, Kitzbich 38.70, Bremen 13.10, Weibromm 9.50, Rosenheim 23.20, Birnmasens 13.60, Reichenhall 12.10, ...

Über den Empfang obiger Beträge quittirt dankend Der Hauptkassirer: D. Almann.

Achtung! Dritter Gau.

Die Mitgliedschaften des östlichen Theiles des dritten Gau's sowie Einzelmitglieder des Bezirkes werden ersucht, sich mit Gesuche um Referenten zu Versammlungen...

Achtung! Siebenter Gau.

Im Auftrage der Agitationskommission finden in folgenden Städten des 7. Gau's öffentliche Versammlungen statt: Frankfurt und Höchst am 16. November, ...

Achtung! Achter Gau.

Die Mitgliedschaften und Einzelzahler Württembergs werden ersucht, sich mit Gesuchen betreffs Agitation sowie Geldsendungen...

Achtung! Nöchter Gau.

Die Mitgliedschaften und Einzelzahler Württembergs werden ersucht, sich mit Gesuchen betreffs Agitation sowie Geldsendungen...

Berichtigung.

In letzter Veröffentlichung der Verkehrslokale haben sich leider einige Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Eberfeld. Gasthaus zum Schiff. Stuttgart. Gasthaus zum römischen König, Holzstraße. Die Reiseunterstützung zahlt aus: In Heilbronn, Chr. Stiegl, Wolfgangsgasse.

Aufbringung der Kosten zum Arbeitersekretariat. Kollege Götting stellt hierzu den Antrag, die erste Rate dem Lokale...

Am 25. Oktober tagte im Lokale „Triefes“ eine Mitgliederversammlung. Nachdem die Beschlüsse entworfen waren und einige neue Mitglieder sich beigetreten...

Am 30. Oktober tagte im „Schwarzen Weisfisch“ eine öffentliche Bäckerversammlung. Dieselbe beschäftigte sich mit der geplanten Verschlechterung der Bundesratsverordnungen vom 4. März 1896...

Die öffentliche Protestversammlung der Bäckergehilfen, die am 25. Oktober im „Römischen Kaiser“ stattfand, war sehr gut besucht. Der Referent, Kollege Lantsch...

Die öffentlichen Agitation Einzelner ist es in kurzer Zeit gelungen, eine Zahlstelle zu gründen, die nach lauz vierwöchentlichem Bestehen schon 60 Mitglieder zählt. Nicht...

St. Johann-Saarbrücken. Mitgliederversammlung vom 4. November. Um 4 Uhr eröffnete Kollege Bunde die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl eines ersten Vorsitzenden; 2. Zahlung der Beiträge; 3. Verschiedenes...



Sebastian Luz †

Am 30. Oktober verschied an der Proletarierkrankheit ein junger, hoffnungsvoller Mitkämpfer unseres Verbandes, der Kollege Sebastian Luz in München.

Schon die Keime dieser tödtlichen Krankheit in sich tragend, war ihm doch keine Arbeit zu viel im Interesse des Verbandes. Wegen Mangel an anderen intelligenten Kräften übernahm er vor 1 1/2 Jahren die Leitung der Mitgliedschaft Ludwigshafen und war bis zu seiner Mahregulung seitens der dortigen Innungsmeister, welche kurz nach der Gaukonferenz am 23. April in Mainz, an deren Verhandlungen er noch mit größtem Interesse theilnahm, unermüdet thätig, die Organisation in Ludwigshafen wie in der ganzen Rheinpfalz weiter auszubauen.

Von Ludwigshafen wandte er sich nach München, wo ihn die tödtliche Krankheit bald auf's Krankenlager warf. Aber auch hier bis in die letzten Tage vor seinem Tode, trug er noch die Hoffnung in sich, bald wieder mit in den vordersten Reihen der Bewegung kämpfen zu können, wie dies aus seinen letzten Briefen hervorgeht, die er an den Verbandsvorsitzenden richtete.

Sein und unser Aller Wunsch hat sich nicht erfüllt! Jetzt deckt ihn die kühle Erde!

Die Kollegen der Pfalz werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren und in seinem Geiste weiter arbeiten an dem Ausbau der Organisation, aus welcher uns dieser junge, so beredete und hoffnungsvolle Mitstreiter leider zu früh entzogen wurde.

Ehre seinem Andenken!

Versammlungs-Berichte.

Walt-Wilhelmshafen. Am 25. Oktober tagte in Hells Restaurant unsere monatliche Mitgliederversammlung. Diese war sehr gut besucht. Auch der Vorstand sowie mehrere Mitglieder des Bergnützlichkeitsvereins „Bäcker-Brüderschaft“, die wir zu dieser Versammlung eingeladen hatten, waren erschienen. Nachdem die Beiträge erhoben waren und sich drei neue Mitglieder aufnehmen ließen, ertheilte der Vorsitzende dem Kollegen Buddenberg das Wort. Derselbe führte den Kollegen sehr deutlich vor Augen, was auf der diesjährigen Gaukonferenz beschlossen und beschlossen wurde. Sodann hielt der Vorsitzende noch eine Ansprache an die Kollegen, was von den Bäckern beabsichtigt wurde, um die Gesellen noch mehr ausnutzen zu können als bisher, daß die Maximalarbeitszeit in eine Minimalarbeitszeit umgewandelt werden solle und zwar zu Ungunsten der Gesellen. Es meldeten sich noch einige Kollegen zum Wort, und nachdem ein Mitglied der Brüderschaft sich bereit erklärt hatte, einen Antrag zu einer kombinierten Versammlung in seinem Verein zu stellen, wurde beschlossen, das Resultat abzuwarten. Den Kartellbericht erstattete Kollege Harms. Unter „Verschiedenes“ wurde noch mancher gute Rath an die Kollegen gegeben. Die Kollegen von dem Verein „Brüderschaft“ wurden aufgefordert, einmal ihre Meinung hier auszusprechen, jedoch ohne Erfolg. Hierauf sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, daß die neu eingetretenen Kollegen auch gute und tüchtige Mitglieder werden möchten, und schloß um 10 Uhr die Versammlung.

Braunschweig. Mitglieder-Versammlung vom 21. Oktober 1900. Nachdem die Beiträge entgegengenommen waren und sich ein Mitglied hat aufnehmen lassen, wurde über die neue Bundesratsverordnung, welche der Vorsitzende vom herzogl. Staatsministerium zugesandt bekommen hatte und zu einer Sitzung nach dem Ministerium vorgeladen war, gesprochen. Es wurden sodann die einzelnen Paragraphen vorgelesen und über jeden einzelnen diskutiert. Einige Kollegen erklärten sich dahingehend, daß die Punkte betr. die Arbeitszeit überhaupt unannehmbar seien, da doch die Ruhezeit der Bäckereiarbeiter gar nicht zu kontrollieren wäre. Sodann erstattete Kollege Meyer Bericht vom Kartell. Der Ueberfluß vom 2. Stiftungsfeste wurde der Lokalkasse überwiesen. Nachdem noch längere Zeit über die Lohnverhältnisse der in der hiesigen Konsumbäckerei beschäftigten Kollegen diskutiert, wurde die Versammlung geschlossen.

Breslau. Mitgliederversammlung vom 25. Oktober im „Goldenen Lachs“. Nachdem der Schriftführer das Protokoll verlesen und der Kassirer den Kassenbericht gegeben hatte, hielt Herr Neukirch einen Vortrag über das neue Krankenversicherungsgesetz, in welchem er betonte, daß einer Person nicht 13 Wochen, sondern 26 Wochen und darüber hinaus in Krankheitsfällen eine Unterstützung gewährt wird. Ferner meinte er, wie wichtig es wäre, wenn eine Versicherung der Ortskrankenkassen in Breslau zu Stande käme, wie es dies zum Beispiel in Leipzig der Fall ist, wo 127000 Mitglieder sind und welchen 200 Verze zu Verfügung stehen. Unter „Verschiedenes“ wurde die Zeit, in welcher die Mitglieder in der Versammlung anwesend sein müssen, besprochen und die Zeit um 3 1/2 Uhr bestimmt. In dieser Versammlung ließen sich wieder 15 Kollegen in den Verband aufnehmen.

Breslau. Eine von 400 Personen besuchte Versammlung tagte am 30. Oktober bei Nachmuth, in welcher sich auch ein Duzend Bäckereimeister, an der Spitze der Obermeister, eingefunden hatten. Kollege Kasting referirte über „Der Kampf ums Dasein im wirtschaftlichen Leben und das Bäckergewerbe“. Redner schilderte die Entwicklung der einzelnen Gewerbe und die der Industrie, ferner, wie sich in einigen Gewerben die Technik und die Maschinen entwickelt haben und dadurch eine größere Arbeitslosigkeit eingetreten sei, auch die Aussicht auf Selbstständigkeit sei immer schlechter geworden und so seien denn die Arbeiter immer mehr solchen Gewerben zugezogen, wo noch der Kleinbetrieb vorherrschend sei. Ein solches ist auch das Bäckergewerbe, wo dann die Lehrlingszucht eine wahre Spezialität geworden sei. Selbstverständlich hat jeder, der lernt die Absicht, einmal Meister zu werden. Hierauf sei das ganze Gend,

daß in unserem Gewerbe vorherrschend, zurückzuführen. Nun aber könne es doch nur im Interesse eines jeden Gesellen liegen, einerlei ob er Meister werden könne oder für immer Geselle bleiben müsse, daß diese Konkurrenz zurückgebrängt würde und das sei nur möglich, wenn die Lehrlingszucht möglichst eingeschränkt werde. Die Meister treiben die Lehrlingszucht mit großem Eifer, um dadurch billige Arbeitskräfte zu erlangen und wenn man sehe, daß der Obermeister selbst fast nur mit Lehrlingen arbeite, dann verstände alle Hoffnung darauf, daß die Innung hierin etwas Remedur schaffen würde. Aber auch bei den Bäckern werde die Aussicht auf Selbstständigkeit immer schlechter, denn der Großbetrieb hat auch hier bereits seine Wurzel geschlagen und die Arbeiter werden immer mehr dazu verdammt, ihr Leben lang Arbeiter zu bleiben und darum müssen wir bei Zeiten dafür sorgen, daß wir ein besseres Leben führen können, als wie dies heute der Fall ist, dies aber sei nur möglich, indem wir uns dem Verbands angeschlossen, wie es die Kollegen anderer Städte machen. (Stürmischer Beifall.) Alsdann sprach der Obermeister Bruffog unter großer Unruhe und fortwährendem Widerspruch der Gesellen und nur mit Mühe gelang es, dieser Unruhe Herr zu werden. Redner führte aus: Gegen die Lehrlingszucht lasse sich nichts machen, denn wir leben in der Zeit der Gewerbefreiheit und jeder sei sich selbst der nächste. Daß der Großbetrieb immer mehr Oberhand gewinne, sei leider wahr, aber daran seien die Gesellen schuld. (Große Unruhe und Widerspruch.) Im Uebrigen wundere es ihn, daß man erst Agitatoren aus Berlin schicke, es gebe doch hier genug intelligente Gesellen, die müßten doch selbst wissen, was sie thun und lassen sollten. (Rufe: Mahregulung.) Was ihn anbelange, so würde er stets den Gesellen entgegenkommen und Uebelstände beseitigen helfen. (Gelächter.) Bäckereimeister Becker beschwerte sich über die Einberufung der Versammlung, es sei eine Dreifachheit und Frechheit, die Flugblätter bis in die Backstube zu tragen, man könne sie doch im Laden dem Meister abgeben und dieser würde sie dann dem Gesellen geben. (Großes Gelächter.) Der Referent habe keines übertrieben, so zum Beispiel die Löhne seien gar nicht so schlecht. Er versuchte nachzuweisen, daß Bäder so viel verdienen wie Tischler und bald wäre ihm das vielfache Kunststück von Rechenexempel gelungen. Er mußte nämlich den Lohn eines Bäckereimeisters noch ein paar Mark höher schrauben, als er wirklich ist, um ihn mit dem niedrigsten Lohn eines Tischlers vergleichen zu können. (Anm. d. Schriftf.: Hätte er doch lieber den niedrigsten Lohn eines Bäckergesellen mit 3 Mk. mit dem Höchstlohn eines Tischlers von 30 Mk. verglichen.) Es war ja nun ein leichtes, dieses alles zu widerlegen und wurde dies unter stürmischem Beifall von den Kollegen Made und Urban, sowie den Herren Löbe, Neukirch und Klüß ausgeführt. Nachdem noch Kollege Kasting bekannt gab, daß in nächster Zeit der Entwurf betreffend die Umwandlung des Maximalarbeitstages dem Bundesrat zugehen werde, wies er darauf hin, daß der Verband hiergegen eine große Protestversammlung veranstalten und er hoffe, daß sämtliche Kollegen bis auf den letzten Mann in dieser Versammlung erscheinen, die wiederum durch ein Flugblatt einberufen werde. Alsdann nahm der Referent das Schlußwort, das mit einem brausenden Hoch auf die deutsche Bäckerbewegung endete. Die Herren Bäckereimeister hatten die Ehre, mit anzusehen, wie wiederum ca. 70 Kollegen in die Reihen des Verbandes übergangen, so daß die Mitgliedschaft nahe an 200 Mitglieder zähl.

Bamberg. Am 18. Oktober tagte hier unsere erste Mitgliederversammlung, zu der Kollege Sader aus Nürnberg erschienen war. Als Tagesordnung war festgelegt: 1. Wie können wir den Innungsgelüsten und Mahregelungen entgegenreten? 2. Wahl eines Delegierten zum Kartell; 3. Statistische Erhebungen in unserem Berufe. Beim 1. Punkte entledigte sich Kollege Sader in sachlicher Weise seines Vortrages und kritisirte scharf das Verhalten unserer Meister, auch die Mahregelung des Kollegen Endres unterzog er einer scharfen Kritik. Zum Schluß empfahl Kollege Sader der Mitgliedschaft, sich sofort dem Kartell anzuschließen. Nachdem er den Vorschlag des Kollegen Kargeleg und Kollege Göthe noch einige kräftige Worte an die Kollegen gerichtet hatte, wurde demgemäß beschlossen. Beim 2. Punkt stellte Kollege Ringelmann den Antrag, die Wahl zu vertagen, weil einige Kollegen nicht anwesend waren. Derselbe wurde angenommen und der Vorsitzende beauftragt, mit dem Kartell in Verbindung zu treten. Beim 3. Punkt legte uns Kollege Sader die statistischen Erhebungen von Nürnberg vor, doch mußte er sich kurz fassen, da er schon um 6 Uhr 50 Min. Bamberg verlassen mußte. Es ließen sich einige Kollegen aufnehmen.

Sayreuth. Am 11. Oktober tagte in der Bäckereibergerherge unsere Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Nach Einsammeln der Beiträge ertheilte der Vorsitzende dem Kollegen Sechtel das Wort, welcher in seinem Vortrage vorbrachte, daß es den Meistern sehr daran liege, wieder die alte Leiter ins Werk zu bringen, damit sie die Gehilfen und die Lehrlinge besser ausbeuten können. Kollege Sechtel wies alsdann darauf hin, daß die Kollegen fest und treu zum Verbands halten sollen und immer neue Mitglieder sammeln, denn nur durch das feste Zusammenhalten der Gehilfen kann den Meistern tüchtig entgegengetreten werden, man soll den Maximalarbeitsstag nicht auf die Seite drängen und es werden dann für uns bessere Zeiten kommen. Kollege Sechtel besprach auch das Sprechweisen, daß es abgeschafft werden müßte, denn es sei der reinste Gehilfenverkauf und das Lösungswort ist: „Wer gut schmiedet, der gut fährt.“ Redner rügte auch in scharfen Worten die Lehrlingszucht, daß die Lehrlinge nur von armen Familien oder von Waisenhäusern bezogen werden, weil dieselben der Meister besser zur Arbeit heranziehen kann. Zum Schluß legte er den anwesenden Kollegen ans Herz, fest zum Verbands zu halten und mit einem kräftigen Hoch auf den Verband schloß.

Chemnitz. Die öffentliche Bäckerversammlung im Saale des „Schützenhauses“ am Donnerstags, den 25. Oktober, war so zahlreich besucht, wie es bisher kaum dagewesen sein dürfte. Der zahlreiche Besuch fand zum großen Theil seine Erklärung darin, daß bekannt geworden war, es werde zu dieser Versammlung ein Vertreter des Allgemeinen Konsumvereins anwesend sein. Die Referenten konstatarren, daß der bescheidene Schuß, den der Maximalarbeitsstag den Bäckereiarbeitern

biete, in Gefahr sei, wieder verloren zu geben. Die Maximalarbeitszeit solle in eine Minimalarbeitszeit von täglich 8 Stunden umgewandelt werden, das bedeutet eine tägliche Arbeitszeit von 16 Stunden; dadurch würde der schrankenlosen Ausbeutung der Bäckereiarbeiter Thor und Thür wieder geöffnet. Dieser unerhörte Angriff gegen das künftige Arbeitsschutz müsse mit allen Mitteln und Kräften abge schlagen werden. Man hoffe, daß in diesem Kampf um Erhaltung dieses wenigen Arbeitsschutzes die Arbeiterpartei Deutschlands die Bäckereiarbeiter unterstützen werde. Eine Resolution, in der man hofft, die Reichsregierung werde nicht die Hand zur Verschlechterung des Arbeitsschutzes bieten, wurde einstimmig angenommen. Die Erklärung einiger Redner in der Diskussion, daß sichere Anzeichen vorhanden seien, daß die Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins die Organisation der Bäckereigenossen insoweit unterstützen würde, als sie Werth darauf lege, daß die Brotlieferanten für den Verein nur organisierte Gesellen beschäftigen, wurde mit Jubel begrüßt. Man bedauerte nur, daß kein Vertreter des Konsumvereins anwesend war. Weiter wurden Klagen laut, daß es vorwiegend Lieferanten des Allgemeinen Konsumvereins wären, die regelmäßig die gesetzliche Arbeitszeit überschreiten. Nach Schluß der Versammlung ließen sich 11 Kollegen in den Verband aufnehmen.

Halle. Öffentliche Versammlung am 30. Oktober im „Weißen Roß“. Referent: Kollege D. Wilmann, Hamburg. Der Referent führte in seiner Rede hauptsächlich an, in was für eine Lage sich der Maximalarbeitsstag jetzt befinde, auf welchen Standpunkt sich die Bäckereimeister gestellt haben, als die Bundesratsverordnung am 4. März 1896 in Kraft trat, und wie wir uns jetzt zu verhalten haben, wenn uns derselbe genommen wird. Weiter führte der Referent an, daß der Maximalarbeitsstag meistens in solchen Bäckereien innegehalten wird, wo Organisirte arbeiten. In diesen Gegenden könne man überhaupt gar keine Bundesratsverordnung. Kollege Wilmann ermahnte die Anwesenden, sich aufzuraffen, und alle, Mann für Mann, dem Verbands beizutreten, denn nur dadurch könnten sie auch im Alter in ihrem Berufe weiter arbeiten und brauchten sich nicht in den Fabriken herum zu drücken. Die Organisation wäre der einzige Punkt, welcher den Maximalarbeitsstag für uns aufrecht erhalten werde. Kollege Kahl aus Leipzig, sowie Kollege Reinann sprachen ebenfalls im Sinne des Kollegen Wilmann. Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde von dem Kollege Schönfeld angeführt, daß er im Laufe des Jahres Uebelstände, die er in einer Bäckerei bemerkt habe, an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Trotzdem auch die Behörde mit Strafe gedroht habe, bis jetzt aber noch kein Strafmandat gekommen sei, halte er die Behauptungen aufrecht. Eine im Sinne des Referats von Kollegen Stubbe eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem sich mehrere Kollegen hatten aufnehmen lassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Bäckerverband.

Halle a. S. Mitgliederversammlung vom 23. Oktober im „Weißen Roß“. Auf der Tagesordnung stand: Die endgültige Entscheidung betreffend die Differenzen mit der Bäckerei des Herrn Wend. Nach einer sehr erregten Debatte wurde die Sperre mit 10 gegen 5 Stimmen aufgehoben und ist somit der Betrieb als gewerbetätig zu betrachten. Im zweiten Punkt stand unser Herbergsweesen und Arbeitsnachweis auf der Tagesordnung. Es war beantragt worden, beide Theile nach dem „Weißen Roß“ zu verlegen. Zu diesem Punkt wurde der Wirth vom „Weißen Roß“ zugezogen und erklärte sich derselbe bereit, Logis und Kaffee an die Verbandskollegen für 40 Hg. zu verabsorgen. Hierauf wurde die Verlegung einstimmig beschlossen. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, diesem Beschlusse nunmehr auch Folge zu leisten. Auch seien die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt ab der Verbandsverkehr, Herberge sowie Arbeitsnachweis im „Weißen Roß“, Geißstr. 5, ff. Hierauf legte der Vorsitzende, Kollege Stubbe, sein Amt nieder, da sich für ihn in Halle doch keine Arbeit mehr finden ließe. Kollege Stubbe ermahnte die Kollegen, einmüthig weiter an dem Ausbau der mit so vieler und schwerer Mühe gegründeten Mitgliedschaft zu arbeiten, nur durch einiges und geschlossenes Handeln werde die Zahlstelle auch für unseren Beruf gegenwärtige Früchte bringen. Kollege Reinhard wurde einstimmig als erster Vorsitzender gewählt. Unter „Verschiedenes“ ersuchte Kollege Stubbe die Anwesenden, rege für einen guten Besuch des am 28. Oktober stattfindenden zweiten Stiftungsfestes, sowie für die am 30. Oktober stattfindende öffentliche Versammlung zu agitiren. Hierauf Schluß.

Hannau. Am 16. Oktober fand hier eine öffentliche Bäckerversammlung statt, welche sich mit der geplanten Abänderung des Maximalarbeitstages beschäftigte. Der Referent bedauerte, daß viele Kollegen es nicht der Mühe werth gehalten haben zu erscheinen, um energischen Protest einzulegen gegen diese Vergeßlichkeit des 12-Stundentages. Er wies unter Anderem auf die Nachtheile hin, welche das greifen würden, wie z. B. überlange Arbeitszeit, Fallen des Lohnes und die Arbeitslosigkeit würde im Bäckergewerbe herrschen. Redner forderte die Kollegen auf, gleich wie die Gesammten-Kollegen Deutschlands, ebenfalls dagegen zu protestiren, daß wir nicht gewillt sind in das alte Verhältniß zurückzukehren, sondern daß unsere Arbeitsverhältnisse gebessert anstatt verschlechtert werden. Der bisher bestehende 12-Stundentag habe in keinerlei Weise schädigend auf das Bäckergewerbe gewirkt und in es anderen Umständen zuzuschreiben, wenn wirklich Meister ihr Geschäft schließen mußten. In der Diskussion wies sich die Kollegen darin einig, daß unter keinen Umständen eine Veränderung eintreten dürfe. Auch ein anwesender Meister scheint damit einverstanden zu sein, weil er sich nicht zum Wort meldete. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Weismannth Saale tagende Bäckerversammlung weist mit Entschiedenheit die geplante Abänderung zurück. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß die Regierung bestrebt sein solle, den ohnehin schlechtgestellten Bäckereiarbeitern mit anderen Maßnahmen zu einer günstigen Gestaltung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu verhelfen. Sollte aber das Gegentheil der Fall sein, so werden dieselben gezwungen, aus eigener Kraft sich andere Verhältnisse zu verschaffen.“ Nachdem noch auf die Nothwendigkeit der Abänderung eines Paragraphen im Arbeitsnachweis-Statut hingewiesen wurde, erfolgte Schluß der Versammlung.



181. Mitgliederversammlung vom 21. Oktober. Es war ein reichliches Material auf der Tagesordnung. Als die Monatsgeschäfte erledigt, erstattete Kollege Herup den Kartellbericht. Kollegen Nussbaum und Mandellow erstatteten den Bericht der Gaukonferenz; dann machte Kollege Mandellow darauf aufmerksam, dass er vom Hauptvorstand ein Flugblatt erhalten habe, wegen der Verschlechterung des Maximalarbeitstages, jeder Kollege habe auf der Hut zu sein, um gewarnt daraufsehen. Kollege Kädge erstattete den Bericht über die Erhebung der Lehrlingsverhältnisse und hob besonders hervor, dass es der Kommission nicht so leicht gewesen sei, sich Eingang in die Bäckereien zu verschaffen. In einer Bäckerei prangt außen über dem Backhaus: „ Zutritt ist Unheimlichen verboten.“ 53 Fragen wurden ausgestellt, es ließ sich ungefähr ein Ueberblick machen, wie es die Lehrlingsverhältnisse verhalten, die Bundesratsverordnung zuzüglich Arbeitszeit der Lehrlinge zu umgehen. Nach Ausfüllung des 23 Fragebogens sind 63 Gesellen, 90 Lehrlinge und 20 Hilfsarbeiter beschäftigt. Viel steht auch auf der Blüte der Lehrlingszucht. Kost und Logis erhalten sämtliche Lehrlinge beim Meister. Die meisten lernen 3 Jahre, 2 Lehrlinge 2 Jahre, 2 müssen 3 1/2 Jahr lernen, 2 Lehrlinge müssen bei 3 1/2-jähriger Lehrzeit dem notwendigen Backen jährlich 50 Mt. geben, erhalten allerdings Kleidung, müssen aber täglich 12-14 Stunden für ihre Wohlthäter ihre Knochen opfern; auch Kosts muß geholt werden, um den Substanz zu ersparen, es sind dort keine Gesellen vorhanden. 1 Lehrling erhält 4 Mt. die Woche, 1 Lehrling erhält nach 3-jähriger Lehrzeit 80 Mt., 1 Lehrling 60 Mt. die Woche, 2 Lehrlinge erhalten im 2. Jahr 50 Mt., im 3. Jahr 75 Mt. jährlich. (D) diese billige Arbeitskraft! D. Schriftl. Nach dem Invaliditätsgesetz muß jede Person über 16 Jahre, welche etwas verdient im Besitze einer Dankschuldenkarte sein. Aber die alten, ehrlichen Broten denken, laßt uns zum Teufel in Ruh, wir pfeifen auf die Gesetze. 4 Lehrlinge erhalten Kleidung, einer erhält schmutzige Kleider und muß dafür 10-16 Stunden täglich arbeiten. Kommentar ist wohl überflüssig; jeder Kollege müsse sich ein Bild daraus machen. 8 Lehrlinge müssen häusliche Arbeiten verschiedener Art machen. 3 Lehrlinge müssen Kosts holen, 1 Lehrling Schüssel waschen, 1 Lehrling muß in der Küche und im Hause helfen, er ist Mädchen für Alles. 1 Lehrling muß den Stall reinigen. Das konjunkturrende Publikum soll hierdurch dieses wissen, es wird ausrufen: Brott! Mahzelt! Ueber Brotatragen der Lehrlinge ist leider keine Statistik aufgenommen worden, man kam zum Resultat, daß jeder Lehrling Brot austrägt. Eine richtige Feststellung der Arbeitszeit ist nicht möglich, durchschnittlich muß 10-14 Stunden geschuftet werden, auch 15-18 Stunden sind keine Seltenheiten. 1 Lehrling muß seinem Ausbeuter 12-18 Stunden, sogar 24 Stunden seine Arbeitskraft überlassen. Was sagen dazu die Reichstagsabgeordneten Herr Dr. Dertel und seine Freunde, welche im Reichstag für Aufhebung der Bundesratsverordnung ihre Stimme erschallen lassen? Was sagt die Regierung zu solcher Ausbeutung? Die Schlafträume lassen viel zu wünschen übrig. Hier einige Beispiele. 2 Lehrlinge hausen über dem Taubenstall, über der Backküche, neben dem Mehlboden etc. Es entstand eine rege Diskussion darüber, und wurde der Kgl. Polizeibeamte darauf aufmerksam gemacht, Notiz von der Sache zu nehmen. Man schritt dann zur Gründung eines Diskussionsklubs. Kollege Mandellow verliest das Regulator des Diskussionsklubs, es entspann sich eine rege Diskussion darüber, man nahm die Gründung eines Diskussionsklubs einstimmig an. Unter verschiedenen beschwerte sich Kollege Belz über die Auszahlung der Reizeunterstützung. Man wurde sich darüber einig, wenn der Kassierer in der Vereinsbakerei nicht thätig ist, so hat sich Kollege Herup erboten, die Auszahlung im Komptoir zu übernehmen, damit man ein Uebelstand beseitigt. Zur Agitationskommission wurden Kollege Mandellow und Gatz wiedergewählt. Man beschloß, sobald wie möglich eine öffentliche Versammlung einzuberufen und wurde alles andere der Agitationskommission überlassen. Amn. d. Schriftl. Die letzte Versammlung war gut besucht, wo es einem große Freude gemacht hat, solcher Mitgliederversammlung beizuwohnen. Mögen die Kollegen nur immer zahlreich erscheinen, so müssen wir zu unserem Ziele kommen.

Lehr i. B. Am 21. Oktober fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche leider schwach besucht war, so daß die Besprechungen bei Anwesenheit des Großherzogs die Schuld trug. Die Tagesordnung lautete: 1. Anwesenheit der Organisation; 2. Bestimmung des Maximalarbeitstages; 3. Diskussion. Der Referent, Kollege W. is, erledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise, wozu ihm allgemeiner Beifall zu Theil wurde. Kollege Belz und Sartorius sprachen noch im Sinne des Referenten, worauf sich sämtliche anwesenden Kollegen in den Verband aufnehmen ließen. Nachdem Kollege Witz noch als Vertrauensmann gewählt, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Bäckerbewegung geschlossen.

Leipzig. Mit einer wenig erfreulichen Angelegenheit wie sie vernünftigerweise bei organisierten Arbeitern längst zur Seltenheit geworden ist, mußte sich am 24. Oktober eine öffentliche Bäckerverammlung beschäftigen. Der Vorgang ist kurz folgender: Die Leipziger Bäckergesellen besitzen eine Fahne die von dem hier bestehenden Bäckerverein aufbewahrt wird. Dieser Verein, der mit der modernen Gewerkschaftsbewegung durchaus nichts zu thun hat und sich stets bei Sedanfesten und ähnlichen Angelegenheiten betheiligte, hat sich diesmal von der Feier der Grundsteinlegung des Völkerschlachters als ferngehalten, weil er hierzu nicht besonders eingeladen worden war. Dieses Verhalten giebt nun der Bäckervereinigung Veranlassung, einen schon mehrmals gemachten Versuch zu wiederholen und die Fahne auf indirekte Weise in ihre Verwaltung zu bekommen. Gesellenausflug, der von der Mehrzahl der Bäckergesellen überhaupt nicht anerkannt wird, wurde jetzt von der Innung als Werkzeug benutzt, ihm event. auch Gerichtsnoten in Aussicht gestellt. Es war nun ganz bewundernswürdig, mit welcher Fähigkeit die Leipziger Bäckergesellen, die sonst für energische Verbesserungen ihrer Lage nicht zu haben sind, gegen dieses Ansehen der Innung Front machten. In der gestrigen Versammlung wurde den Herren Innungsgemeinern der Antrag die Wahrheit gesagt wie man es selbst von sich selbst nicht immer gewohnt ist. Der Herr Innungsgemeinere hat sich aber angewandt, daß die anwesenden Verbandsmitglieder völlig zentral

hielten und erst nach der Abstimmung das Wort nahmen, um die Mitglieder des Gesellenvereins auf ihr unsozialistisches Verhalten beim letzten Bäckertag aufmerksam zu machen.

Mannheim. Am 26. Oktober fand eine öffentliche Bäckerverammlung in der „Central-Halle“ statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages und die neue Bäckerverordnung referierte Kollege Hegemann. Redner kam Eingangs seiner Ausführungen auf die allgemeine Lage der Bäckergesellen zu sprechen. Die übermäßig lang ausgeübte Arbeitszeit, verbunden mit Nacharbeit in überfüllten, staubigen Arbeitsräumen und das jämmerliche Lohn- und Ausbeutungsverhältnis machten die Bäckergesellen zu willkürlichen Ausbeutungsobjekten der Meister. Die in der Bäckerei verbreitete Broschüre des Abg. Hebel und die in der Bäckerei verbreiteten „Verordnungen“ von Witz, in der „Bäckerei“, veranlaßten die Regierung, eine Kommittee über die Lage der Bäckereiarbeiter aufzunehmen. Das durch die Vornahme der Enquete gewonnene Material bestätigte nicht nur die aufgedeckten Missethate im Bäckergewerbe, sondern es wurden noch haarsträubendere Zustände an das Licht der Öffentlichkeit geaoft. Durch diese Thatsachen gezwungen, konnte der Bundesrath nicht mehr umhin, für die Bäckereiarbeiter ein Schutzgesetz zu erlassen. Redner schilderte nun den Kampf der Meister gegen diesen wichtigen Arbeiterschutz und widerlegte die von Seiten der Meister angeführten Gründe gegen den Maximalarbeitsstag. Auch trage die Gerechtigkeit der Behörden bei der Durchführung der Schutzbestimmung hauptsächlich daran Schuld, daß dieselbe von den Meistern garnicht innegehalten wurde und die Meister in ihrer Opposition gegen den Zwölfstundentag beharrte. Redner kam dann auf die in Aussicht stehende Bäckerverordnung zu sprechen und weist in längerer Ausführungen auf die Nothwendigkeit einer derartigen Verordnung hin. Die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages bezeichnete Redner als eine Verletzung der Wille Bäckereiarbeiter für die Meister und forderte die Anwesenden auf, gegen die geplanten reaktionären Bestrebungen Stellung zu nehmen. Dies könnten sie aber am wirksamsten, wenn sie sich Mann für Mann der Organisation anschließen. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zu Theil. In der Diskussion äußerten sich einige Kollegen im Sinne des Referenten und forderten gleichfalls zum Eintritt in den Verband auf. Nachdem Kollege Hegemann nochmals in einem kurzen aber kernigen Schlusswort die Anwesenden zur Einigkeit und zum energischen Vorgehen ermachtete, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute in der „Central-Halle“ tagende öffentliche Bäckerverammlung protestirt gegen eine regierungseitig geplante Umwandlung des Maximalarbeitstages in eine 10- resp. 9-stündige Minimalarbeitszeit. Die Versammlung betrachtet diese, durch nichts zu rechtfertigende, schädliche Ausdehnung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe als eine Rückwärtsbildung der Sozialreform, umso mehr als durch die Gewerbeinspektoren verschiedener Bundesstaaten ausdrücklich betont worden ist, daß durch die Durchführung der Verordnung eine wirtschaftliche Schädigung im Bäckergewerbe nirgends zu verzeichnen ist. Sollte die geplante Verschlechterung trotzdem in Kraft treten, so erklärt die Versammlung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Erhaltung des Maximalarbeitstages zu erkämpfen.“ Nachdem sich mehrere Kollegen der Organisation anschlossen, erfolgte der Schluss der Versammlung.

Plauischer Grund. Eine öffentliche Protest-Versammlung, welche gut besucht war, tagte am Sonntag, den 21. Oktober, in Kunaths Restaurant in Deuben. Tages-Ordnung: „Die Abänderung des Maximalarbeitstages und wie stellen sich die Kollegen dazu?“ Die Kollegen Freitag und Kahl aus Leipzig behandelten dieses Thema in ausführlichster Weise. Der reiche Beifall zeigte, daß die Kollegen mit ihnen einverstanden waren. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und protestirt gegen jede Verschlechterung des Maximalarbeitstages, fordert dagegen einen weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes für die Bäckergehilfen.“ Den Bericht von der Gaukonferenz erstattete Kollege Reiszger. Sodann wurde die bestehende Kommission beauftragt, zugleich die Trinkgelberfrage mit den Konsumvereinen zu regeln. Des Weiteren beschwerte sich ein Kollege über den Bäckerverein zu Botschappel, daß dort von Nachts 1 Uhr bis Abends 5 Uhr gearbeitet wird. Kollege K. kritisirte das Verhalten des Bäckereimeisters Chemnitzer in Rabenau. Derselbe arbeitet nur mit zwei Lehrlingen, und da er zur Firmirung einen Gesellen brauchte, so vereinbarte er mit Kollegen B. 3 Mt. Lohn pro Tag. Als Kollege B. jedoch täglich 20 Stunden arbeiten mußte, verlangte er die Bezahlung von Ueberstunden, was der Meister anfänglich verweigerte; schließlich mußte er aber doch bezahlen. Weiter wurde Bäckereimeister Bichunke in Raundorf als ein raffschichtiger Herr hingestellt. Als vor einiger Zeit der Bäckereimeister Neumann in Sud mit seinem Gesellen Differenzen hatte, und derselbe die Arbeit verweigerte, sah sich B. genöthigt, seinen Kollegen Bichunke zu bitten, bei ihm auszuweichen zu helfen. Zum Arbeiten war jedoch Bichunke nicht gekommen, sondern um den Gesellen zu züchtigen, und an Ausdrücken wie „Lump“, „frecher Kerl“ u. s. w. fehlte es auch nicht. Nun, wenn sich Herr Bichunke so trefflich zum Brügelmeister eignet, so kann er sich ja von der Innung anstellen lassen. Bezeichnend ist, daß der Bäckerverein Botschappel und Herr Bichunke Lieferanten des Konsumvereins zu Botschappel sind. Einige Kollegen traten dem Verbands bei.

Plauen i. S. Öffentliche Bäckerverammlung am 21. Oktober. Kollege Freitag aus Leipzig, welcher als Referent erschienen war, hielt einen längeren Vortrag über das Thema: „Die Verschlechterung des Maximalarbeitstages und wie verhalten sich die Kollegen dazu?“ Er wies darauf hin, daß die Bäckerei die am schlechtesten von den Arbeiter-Kategorien sind, und daß trotzdem die Verschlechterung der Bäckerei-Verordnung wieder verschleppert wird. Nach dem Vortrag sprachen sich noch einige Kollegen über den Maximalarbeitsstag aus, und es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die im Restaurant Giffenthal tagende öffentliche Bäckerverammlung nimmt mit Bedauern Kenntniss von der beabsichtigten Abänderung des Maximalarbeitstages im Bäckergewerbe in eine Minimalarbeitszeit. Sie erwartet von der Staatsregierung, daß sie das bisherige Arbeitsverhältnis nicht verschlechtere, sondern zum Wohle der Bäckereiarbeiter weiter ausbaue. Die geplante Verschlechterung steht im schärfsten Gegen-

satz zu den Februar-Erlässen des Deutschen Kaisers im Jahre 1890. Das Verhalten der Bäckereimeister entspricht nicht den bestehenden Thatsachen, sondern nur dem Uebelwollen der Meister gegen die Gesellen. Sollte die geplante Verschlechterung dennoch eintreten, so sehen wir uns veranlaßt, mit allen gesetzlichen, uns zu Gebote stehenden Mitteln die Erhaltung des Maximalarbeitstages uns zu erkämpfen.“

Im „Geuerlichen“ wurde wie gewöhnlich über den Gesellenausflug gesprochen, da derselbe nicht mehr besteht. Der frühere Altgeselle Dummel sprach selbst sein Bedauern aus, daß sich die Innung gar nicht darum bemüht, und der Gesellen-Ausflug keinen Zweck hätte. Zuletzt wurde noch über das Sprechamt gesprochen, und dabei betont, daß der Herr Groß das Maßregeln gut verstehe und viele Kollegen ohne Arbeit abweist. Zum Schluss erhielt Kollege Freitag das Wort und ermachtete die Kollegen, den Saal nicht zu verlassen, ohne Verbandsmitglied geworden zu sein, worauf sich 5 Kollegen in den Verband aufnehmen ließen.

Stuttgart. Eine gutbesuchte Bäckergehilfenversammlung tagte am Dienstag, den 23. vor. Mts. im „Württembergischer Hof“. Der Referent, Kollege Lauffer (2. Vorsitzender des Gehilfen-Vereins), sprach über „die Arbeitsvermittlung wie sie ist und wie sie sein soll.“ Er fasste sich in kurzen Worten dahingehend, die Arbeitsvermittlung der hiesigen Meistervereinigungen unter polizeiliche Kontrolle gestellt zu wissen und glaubt, daß dadurch dem Schmier-System die Spitze abgebrochen werden soll. Darüber entspann sich eine nicht endenwollende Debatte, in der Kollege Lantes den Wert der Arbeitsvermittlung für die Arbeiterschaft den Anwesenden vor Augen führte. Derselbe verurtheilte scharf das hier gehandhabte Sprechwesen, wo es nur dem Bemittelten möglich ist, ohne lange arbeitslos zu sein, wenn er dem Sprechmeister eine kleine Summe zukommen läßt, bald wieder in Arbeit zu sein, während der Nichtbemittelte warten kann, bis es so einem Herrn gefällig ist, ihn in Arbeit zu bringen. Er schloß seine Ausführungen dahingehend, daß, wenn einmal was geschehen soll auch etwas Nichtiges geschaffen werde. Er unterbreitete der Versammlung eine Resolution, in der gewünscht wird, eine Kommission zu wählen, welche mit den Meistervereinigungen in Unterhandlung zu treten hat, betreffs Angliederung der Meisterarbeitsnachweise an das städtische Arbeitsamt. Kollege Böbel unterzog das seinerzeitige Gebahren einiger damals in der Vorstanderschaft des Bäckergehilfenvereins gewesenen Kollegen einer vernichtenden Kritik, weil diese Frage damals nur mehr von den Gehilfen abhängig war, wären sie standhaft geblieben, so würde unser Arbeitsnachweis schon längst dem städtischen Arbeitsamte einverleibt sein. Einige anwesende Meister Ehrenmitglieder des Gehilfenvereins wurden darauf so erboht, daß sie zu schimpfen anfangen auf die Gehilfenschaft (gemeint sind darunter die Verbandskollegen), sodas der Vorsitzende, nachdem einige Kadavertische an die Luft befördert wurden, ohne die Abstimmung über die vorliegende Resolution vorzunehmen und ohne auch nur einen Beschluß herbeiführen zu können, die Versammlung schließen mußte.

Wiesbaden. Am Donnerstag, den 18. Oktober, tagte in den „Drei Königen“ eine stark besuchte Versammlung sämtlicher Bäckergehilfen mit der Tagesordnung: 1. Die Enthaltungen des vorjährigen Streiks vor Gericht. In 1 1/2stündigem Vortrage erstattete Referent Günther Bericht über die letzte Beschlusfassung des Gewerbegerichts betreffs Sanierung der Bäckereien, in welcher auch Herr Bäckereimeister Saueressig als Beisitzer fungirte. Derselbe habe zugestanden, daß Missethate bestanden hätten, dieselben nun aber gänzlich beseitigt seien. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Einseitigkeit des Gewerbes beim besten Willen unmöglich mache, Kost und Logis den Gehilfen außer dem Hause zu gewähren. Daraus habe das Gewerbegericht beschlossen, daß die Wohn- und Arbeitsräume dem § 120 a bis c der Gewerbeordnung zu unterstellen sind. Im Anschlusse hieran erörterte Kollege Kumeleit die Broschüre Bebel's, welche den Anlaß zu der bundesrätlichen Verordnung gegeben habe, bemängelt die mangelhafte Durchführung derselben, sowie die Begründung der preussischen Regierung zur Abänderung der Verordnung, geht auf die Petition des „Germania-Verbandes“ über, aus welcher der nachste Egoismus hervortrete, und fordert lebhaft auf, sich dem Verbands anzuschließen. Im Verlaufe der Diskussion, an welcher die Kollegen Feidel und Oppenländer sich ebenfalls lebhaft betheiligten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in den „Drei Königen“ tagende, stark besuchte Versammlung sämtlicher Bäckergehilfen von Wiesbaden und Umgegend protestirt mit Entrüstung gegen die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages, weist alle gegnerische Behauptungen, daß die Verordnung nur zu Denunziationen Anlaß gegeben habe, entschieden zurück und erblickt die Ursache der vorgekommenen Denunziationen nur in der mangelhaften Durchführung der Verordnung und bittet den hohen Bundesrath, für strengste Einhaltung derselben Sorge tragen zu wollen; die Verschlechterung große Streiks unvermeidlich werden, da bereits z. B. große Erregung unter den Bäckergehilfen platzgreife.“ Diese Resolution wurde sofort an den Bundesrath abgesandt. Nachdem noch die Feststellung des Landgerichts in der Sache über die standalösen Vorkommnisse in der Bäckerei W. Marx bekannt gegeben und verschiedene Handlungen der Innung kritisiert waren, ließen sich vier Kollegen in den Verband aufnehmen.

Wilhelmsburg. Mitgliederversammlung am 31. Oktbr. Der Kollege Liescher berichtete, daß der dritte Gau am schlechtesten zu bearbeiten sei, da in demselben nur kleinere Städte seien. Es werde aber in der nächsten Zeit der Versuch gemacht, auch diese zu bearbeiten. Zum „Bericht vom Kartell“ machte der Kollege Liescher bekannt, daß vom Kartell 500 Mt. zu einer Bibliothek bewilligt sind. Verschiedene Kollegen waren der Meinung, daß wir die Gesellen, welche bei Bäckereimeistern arbeiten, die unseren Arbeitsnachweis nicht anerkennen wollen, auffordern müssen, sich in den Verband aufnehmen zu lassen. Kollege Liescher war der Meinung, daß er persönlich noch einmal die Meister zur Rede stellen wolle, sie möchten auch in Zukunft unseren Arbeitsnachweis anerkennen, sonst müßten andere Maßregeln ergriffen werden, denn es sei hier in Wilhelmsburg eine Standal-keit für uns, dies durchzuführen. Die Versammlung u. Verlag D. W. Schmidt, Hamburg, Nr. 11, Markt 28. Druck von Dr. Meyer, Hamburg, Gröbner, Friedländer.